Berufsverband der Deutschen Urologen e.V.

Urologe 2012 · 51:1320
DOI 10.1007/s00120-012-3013-4
© Springer-Verlag 2012

Redaktion

W. Bühmann, Wenningstedt/Sylt

+++ URO-Telegramm +++

Niedersachsen Finanzielle Hilfe für ungewollt kinderlose Paare

Niedersachsen wird sich an den Kosten für das Programm beteiligen, das ungewollt kinderlose Paare unterstützen soll. Konkret geht es um die Kostenbeteiligung bei künstlichen Befruchtung. Das teilte das Niedersächsische Gesundheitsministerium mit.

Die Krankenkassen übernehmen 50 Prozent der Kosten für die ersten drei Versuche einer künstlichen Befruchtung. Das Programm sieht vor, dass Bund und Land jeweils zur Hälfte 25 Prozent der übrigen Kosten übernehmen. „Insgesamt ist von jährlichen Kosten in Höhe von 1,7 Millionen Euro auszugehen“, hieß es. Zunächst wird der Bund Niedersachsens Anteil an dem Programm tragen, da derzeit im Nordwesten das Geld fehle. „Im Gegenzug wird das Land den vollständigen Bund-Land-Beitrag in 2014 übernehmen“, so das Ministerium. „Ab dem Jahr 2015 erfolgt die jährliche Kostenteilung.“ Niedersachsens Sozial- und Familienministerin Aygül Özkan (CDU) sagte: „Das ist gut angelegtes Geld und eine sinnvolle Familien fördernde Maßnahme. Der Eigenanteil der betroffenen Paare reduziert sich auf die Hälfte.“

Christian Beneker

Quelle: Ärzte Zeitung online

Weniger Bürger ohne Krankenversicherung

Der Rechtsanspruch auf Krankenversicherung und der damit einhergehende Kontrahierungszwang von gesetzlicher und privater Krankenversicherung, der mit dem Wettbewerbsstärkungsgesetz 2007 eingeführt worden ist, scheint wirksam

zu sein. Nach der Mikrozensus-Erhebung, einer Ein-Prozent-Stichprobe der Gesamtbevölkerung des Statistischen Bundesamtes, die am Montag veröffentlicht worden ist, ist die Zahl der Menschen ohne Krankenversicherungsschutz auf 137.000 im vergangenen Jahr gesunken. Vier Jahre zuvor waren es noch 196.000 Menschen. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung sind dies aktuell 0,2 Prozent.

Knapp zwei Drittel der Bürger ohne Krankenversicherung sind Männer. Besonders häufig haben Selbstständige und erwerbslose Personen keine Versicherung. 15 Prozent der Betroffenen sind 65 Jahre und älter. Ein wesentlicher Grund für den nicht vorhandenen Versicherungsschutz dürfte das niedrige Einkommen dieser Bürger sein: Mehr als die Hälfte hat ein monatliches Nettoeinkommen von unter 1500 Euro. Ein weiteres Sechstel gibt kein Einkommen an oder hat eine selbstständige Haupttätigkeit in der Landwirtschaft. Ein Drittel hat keinen berufsqualifizierenden Ausbildungsabschluss.

Einzelpraxis nicht als GmbH

Ärzte können ihre Einzelpraxis nicht als Kapitalgesellschaft führen. Die „Arzt GmbH“ ist gesetzlich schlicht nicht vorgesehen, wie das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel entschieden hat.

Die Sonderregelungen für Medizinische Versorgungszentren (MVZ) seien sachlich gerechtfertigt und nicht übertragbar.

Klage eines Psychotherapeuten abgewiesen

Konkret wies das BSG damit einen Psychotherapeuten aus Rheinland-Pfalz ab. Er hatte gemeinsam mit sei-

ner Ehefrau in Birmingham eine Kapitalgesellschaft in Form einer britischen Limited gegründet. Das Gründungskapital betrug zwei mal 50 britische Pfund. Auf diese Limited sollte seine vertragspsychotherapeutische Zulassung übergehen. Nach Angaben seines Rechtsanwalts versprach er sich steuerliche Vorteile etwa bei Rückstellungen und bei der Altersversorgung. Die Zulassungsgremien lehnten das Ansinnen des Psychotherapeuten ab. Mit seiner Klage argumentierte er, das Gesetz lasse eine Arztpraxis als Kapitalgesellschaft durchaus zu. Es gebe keinen Grund, eine Einzelpraxis gegenüber MVZ zu benachteiligen. Wenn diese als Genossenschaft oder GmbH betrieben werden dürften, müsse dies auch für die einzelne Praxen gelten. Aus EU-Recht ergebe sich die Gleichbehandlung einer Limited mit einer GmbH.

„Nur eine natürliche Person“

Wie nun das BSG entschied, kann eine Einzelpraxis aber weder als GmbH noch als Limited oder andere Kapitalgesellschaft geführt werden.

Laut Sozialgesetzbuch könne „nur eine natürliche Person zugelassen werden“. Der zugelassene Arzt müsse Mitglied seiner KV sein und deren „Disziplinargewalt“ unterliegen. Verfassungsrechtlich gebe es keinen Anspruch, „jede gewünschte Tätigkeit in jeder gewünschten Form auszuüben“. Die Beschränkung auf natürliche Personen sei durch die Besonderheiten des Arzt-Patient-Verhältnisses gerechtfertigt. Die Sondervorschriften für MVZ seien gerechtfertigt, weil ein „großer Geschäftsbetrieb“ offensichtlich unter anderen Bedingungen arbeite als eine Einzelpraxis.

Az.: B 6 KA 47/11 R

Termin-Erinnerung Seminar „Berufsausübungsgemeinschaft“

Wer von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sich bisher noch nicht zu dem Seminar „Berufsausübungsgemeinschaft“, das vom Bund der Urologen veranstaltet wird, angemeldet hat, kann dies für den Termin

am 22.9.2012 von 10-15.30 Uhr in Nürnberg

beim Bund der Urologen, Tel. 0621-66003025, E-mail info@bdu-eg.de, nachholen. Dort bekommen Sie auch unter www.bdu-eg.de Informationen zum Inhalt – insbesondere geht es um die Möglichkeiten, die Onkologische Versorgung für urologische Praxen zu erhalten.